

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Kur für Nachdruck: Nr. 27031
Schreibweise: Deutsche Schrift
Dresden - K. 1, Marienstraße 28/29

Bezugspreis vom 18. bis 30. Juni 1930 bei täglich postmöglicher Zustellung pro Quartal 1,70 Mk.
Vollzugspreis für Monat Juni 5,40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postgebührengebühr).
Einzelnnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbematerial berechnet; die ein-
seitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg.
Offertengelder 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Eberich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Unentgeltliche
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Brüning will Moldenhauer halten

Eine neue Kraftprobe des Reichskanzlers?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juni. Der sächsische Ministerpräsident Schiele ist in Begleitung des Leiters der Staatskanzlei, des Ministerialrats Dr. Schettler, am Donnerstagmorgen in Berlin eingetroffen, um an den Verhandlungen der Länderkonferenz teilzunehmen. In der Wilhelmstraße verlautet, daß der Reichskanzler Brüning es schon deshalb vermeiden möchte, gleich jetzt nach Ostpreußen abzureisen, weil es sein Wunsch ist, der Länderkonferenz, der auch er große Bedeutung beimißt, beizuwohnen, sie aber zum mindesten zu eröffnen.

Die Moldenhauerkrise bleibt inzwischen in der Schwebe. Amlich wird noch in Abrede gestellt, daß Dr. Brüning den Vizekanzler Dr. Dietrich-Baden das Reichsfinanzministerium angeboten habe. Auch läßt sich bisher noch keine Klarheit darüber gewinnen, ob Dr. Moldenhauer seinen gestrigen gehobenen Plan, er werde am Freitag zum Erholungsurlaub in die Schweiz abreisen, aufrechterhält oder nicht.

Auf der Tagesordnung der für Sonntag einberufenen Reichspräsidenten steht nicht die Postersperre vor, sondern neben mehreren Vorlagen lediglich das Arbeitslosenversicherungsprogramm. Es scheint, daß Dr. Brüning die Zeit, die er jetzt gewonnen hat, wahrnehmen will, um Abänderungsverhandlungen der Deckungsvorlage unter der Hand einzuleiten. Dabei legt er offensichtlich auch besonderen Wert darauf, den Reichsfinanzminister gegen den ausdrücklichen Wunsch der volksparteilichen Fraktion zu halten. Es hat den Anschein, als wolle er die Parteihinabhängigkeit seines Kabinetts abermals dokumentieren.

Diese hinhaltende Stellungnahme des Reichskanzlers wird noch in der Dr. Brüning nachstehenden „Weltanschauung“ unterstrichen, die ausdrücklich darauf hinweist, daß die parlamentarische Stellung des Kabinetts eine andere sei als die der früheren Regierung.

Das Kabinett Brüning sei gebildet worden als eine Regierung der Verantwortlichkeit, die keinen koalitionspolitischen und fraktionsbindungen unterliegt.

Die Krise in einer Fraktion und auch die Krise zwischen ihr und einem ihr zugehörigen Kabinettsmitglied brauche deshalb die Stellung des Kabinetts und des Ministers nicht zu berühren. Den persönlichen Konflikt, den eine solche Krise auslöse, werde allerdings jeder Minister für sich selbst zu entscheiden haben.

In der die Regierung bisher unterstützenden bürgerlichen Regierungspresse kommt zum Ausdruck, daß Dr. Moldenhauer unter allen Umständen gehen müsse, und es wird versucht, der Regierung ebenso deutlich klarzumachen, daß eine

isofortige Abänderung der Deckungsvorlage unzumänglich sei, da diese ja doch keine Rücksicht auf Annahme habe. In der „Deutschen Tageszeitung“ wird darüber hinaus die Forderung erhoben, daß zusammen mit Dr. Moldenhauer auch dessen Staatssekretär Schaeffer den Dienst zu quittieren habe. Dr. Moldenhauer selbst findet in den verschiedenen Organen zwar eine menschliche, sympathische Würdigung, doch geht man sachlich mit seinen Plänen und Vorlagen nach wie vor mit größter Schärfe ins Gericht. Die Moldenhauer-Krise befindet sich im ganzen gesehen, noch in der Schwebe, und es scheint am Platze, noch einmal nachdrücklich die Forderung zu erheben, daß dieser Schwerezustand gerade in diesem Augenblicke nicht andauern darf, will nicht das Kabinett noch größere Prestigeverluste erleiden, als es so schon zu buchen hat.

Sentrums-Führer nach links?

Berlin, 19. Juni. Von den Berliner Blättern wird allgemein darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Krise, die durch das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers entstanden ist, möglichst bald zu beenden. — Die „Börse“ spricht die Erwartung aus, daß der Nachfolger Moldenhauers, ohne von diesem oder jenem Minister behindert zu werden, neue Bahnen einschlägt. Das Blatt verachtet außerdem

das unbestätigte Gerücht, daß sich Dr. Raas unter der Hand bei der Sozialdemokratie erkundigt haben soll, ob sie nach einem etwaigen Sturze der Regierung Brüning geneigt sei, an einer Regierung der Großen Koalition teilzunehmen. Die Sozialdemokraten sollen geantwortet haben: „Ja, aber erst nach Neuwahlen.“

Motorbootunfall Kaiser Wilhelms

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus dem Haag gemeldet wird, ereignete sich bei einem Motorbootausflug, den Kaiser Wilhelm auf dem in der Nähe von Venedig gelegenen Vinnensee unternahm, ein schwerer Unfall. Frau von Panwitz, die Schloßherrin von Hartenamp bei Haarlem, hatte eine größere Gesellschaft zu dem Ausfluge eingeladen. In dem einen Boot befand sich Kaiser Wilhelm mit seiner Gemahlin, Frau von Panwitz sowie andere Eingeladene, unter ihnen auch ein Vertreter des deutschen Generalkonsuls in Amsterdam. Auf dem zweiten Motorboot ereignete sich aus bisher noch nicht geklärter Ursache die Explosion eines Benzinhalters. Das Boot stand sofort in hellen Flammen und sank sehr schnell. Die Insassen erlitten schwere Brandverletzungen. Sie wurden von dem anderen Boot aufgenommen und dem Krankenhaus in Venedig zugeführt. Unter den Verletzten befindet sich aus der näheren Umgebung des Kaisers ein Graf Dönhoff und eine Gräfin Lehnorf.

Schweres Bergwerkunglück in der Ukraine

Moskau, 19. Juni. Am Mittwoch ereignete sich auf dem Bergwerk „Maria“ in der Ukraine eine starke Gasexplosion, durch die 25 Arbeiter getötet und 29 schwer verletzt wurden. Fünf weitere Arbeiter werden noch vermißt. Die OGPU hat den Ingenieur Sakschukow unter der Beschuldigung verhaftet, daß er nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe. In dem gleichen Bergwerk sind bereits vor mehreren Monaten durch eine Gasexplosion 27 Arbeiter ums Leben gekommen.

Bierzig Häuser niedergebrannt

Braun, 19. Juni. Heute nachmittags brach in Oppatan bei Trebitz ein Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und einen geradezu katastrophalen Umfang annahm. Trotz des Aufgebotes zahlreicher Feuerwehren gelang es bis 8 Uhr abends nicht, das Feuer einzudämmen. Bis her fielen dem Brande 40 Häuser zum Opfer.

Vor der Ankunft Byrds in Newyork

Newyork, 19. Juni. Der Antarktisforscher Admiral Byrd trifft mit seinen Mitarbeitern am Donnerstagmorgen an Bord des Expeditionsschiffes im Newyorker Hafen ein. Die Stadt bereitet einen Empfang vor, der alle bisher erlebten Empfangsfeierlichkeiten weit übertreffen wird. Eine Parade der Armees- und Marineeinheiten, sowie der Pfadfinder ist vorgesehen. 40 Schiffe werden Salut schießen. Das Expeditionsschiff werden mehrere Wasserflugzeuge einholen.

Bombenattentate in Indien

Calcutta, 19. Juni. In den Städten Lahore, Quasipur, Gujranwala, Sahakpur und Amritsar kamen gestern Bomben zur Explosion. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Der Vorsitzende des Exekutivsausschusses für die Provinz Bombay, Kapadia, der sich gestern freiwillig der Polizei stellte, wurde heute zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts. König Fuad hat das Rücktrittsgesuch Hahas-Paschas angenommen.

Sardien's Kampf um das Rüstungsprogramm

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 19. Juni. Die Finanzkommission der Kammer hat sich gestern wieder mit den Ausgaben für die nationale Verteidigung beschäftigt, hat aber auf Wunsch des Ministerpräsidenten Tardieu darauf verzichtet, den Finanz- und Budgetminister darüber zu hören, weil Tardieu selbst morgen über diese ihm besonders am Herzen liegenden Ausgaben vor der Kommission sprechen will. Große Ausgaben sind schon im Betrage von etwa einer Milliarde Franken ohne besondere Ermächtigung für die Grenzbesetzungsarbeiten hauptsächlich gemacht worden. Die Meinungsverschiedenheiten, denn

von einem eigentlichen Konflikt zu sprechen ist durchaus unzutreffend,

bestehen sich nur darauf, in welcher Form diese ernsthafte von niemand angefochtenen Ausgaben gemacht werden sollen. Die den Linksparteien angehörenden Kommissionsmitglieder verlangen die Aufnahme ins Budget, die anderen sind der Meinung, daß diese Gelder ruhig aus den Uberschüssen der Staatskasse, die der Finanzminister kürzlich mit über fünf Milliarden angegeben hat, genommen werden können, denn die fünf Milliarden, die die Regierung andererseits für ihr großes Wirtschaftsprogramm aus der Staatskasse nehmen will, lassen sich leicht auf mehrere Jahre verteilen.

Die Sozialistische Partei hat nun gestern auf Antrag Blums beschlossen, in der Kammer eine Resolution einzubringen, durch welche die Kammer die Finanzkommission beauftragt, ihr sofort einen genauen Bericht über Einnahmen und Ausgaben der Staatskasse vorzulegen und zu diesem Zweck den Kommissionen alle notwendigen Vollmachten zu erteilen. Es ist möglich, daß diese Resolution schon heute nachmittag, wenn die dafür nötigen 50 Unterschriften vorhanden sind, vor die Kammer gebracht und ihre Besprechung sofort vom Kabinett angenommen werden wird. Eine ernsthafte Gefahr für das Kabinett ist aber nicht zu befürchten. Blum kündigt zwar im „Populaire“ an,

man wolle endlich wissen, ob die Staatskasse genug Geld habe, um gleichzeitig ein großes Wirtschaftsprogramm und ein Rüstungsprogramm durchführen zu können,

und welches der beiden Programme den Vorrang vor dem anderen habe. Auch der oppositionelle „Quotidien“ verlangt Klarheit, schreibt aber: „Die Erfordernisse der nationalen

Verteidigung sind solche, wie sie die ungeheure Mehrheit des Parlaments immer anerkennen wird, und man muß sich freuen, daß diese für unsere Sicherheit verantwortlichen Minister ihre Pflicht getan haben.“ Briand's Parteigenosse, der frühere Kriegsminister Painlevé, erklärte vorgestern: „Die Republikanische Partei hat ja immer bedingungslos internationale Verträge, wie den von Locarno und den Kelloggpaakt, unterstützt, aber sie bleibt gleichzeitig ein nie verlassender Vorkämpfer für die nationale Verteidigung.“

Herriots „Alarmruf an Europa“

Amerikas Zolltarif und Briand's Memorandum

Paris, 19. Juni. Die Erregung, die das Inkrafttreten des neuen amerikanischen Zolltarifs in den interessierten europäischen Staaten ausgelöst hat, wird von den führenden französischen Politikern als Antrieb zur Förderung der im Briand'schen Memorandum enthaltenen Ideen ausgewertet. Auch Herriot gliedert sich dieser Front ein. Er richtet in der „Ere Nouvelle“ einen Alarmruf an Europa. Es sei Zeit, sich zu einigen, wenn man nicht untergeben will. Europa stehe vor der Situation, daß es an Amerika Millionenbeträge aus den Kriegsschuldenverpflichtungen zu leisten habe, aber Amerikas Märkte für seine Waren verschlossen finde. Die Vereinigten Staaten hätten sich in eine ungeheure Isolierung umgewandelt. Es sei notwendig, demgegenüber allererstens eine europäische wirtschaftliche Entente im Sinne einer Arbeitsverteilung und einer Rationalisierung der gemeinsamen europäischen Produktion herbeizuführen. Es handele sich um eine Frage, bei der es auf Leben oder Tod ankomme.

Die Entscheidung über Malta gefallen. In der gestrigen Kabinettsitzung in London ist die Entscheidung über die Behandlung der Maltafrage gefallen. Einzelheiten des Beschlusses sind jedoch noch nicht bekannt.

Rehl wird am 28. Juni frei

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 19. Juni. Nach einem Bericht des „Matin“ aus Nancy wird das letzte Bataillon des 170. Infanterie-Regiments am 28. Juni den Brückenkopf Rehl verlassen, der damit völlig geräumt sein wird. Aus einer Erklärung des Reichler Bürgermeisters Dr. Luischmann, in welcher dieser den Wunsch ausdrückt, daß jetzt die engen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Beziehungen, die in der Vorkriegszeit zwischen Straßburg und Rehl bestanden, wieder angeknüpft und dadurch eine bessere Verständigung zwischen den beiden durch den Rhein getrennten Bevölkerungen herbeigeführt werde, steht der „Matin“ den merkwürdigen Schluß, daß die Bevölkerung von Rehl über die angekindigte Stunde der Befreiung nicht sehr erobert sei und vielmehr den Abmarsch der französischen Truppen bedauere, da damit die Quelle eines vorteilhaften Geschäftes zu fließen aufhöre. In Wirklichkeit hat natürlich die uralten und mannigfachen Verbindungen zwischen Straßburg und Rehl überhaupt zwischen dem Elsaß und Baden, ja zwischen Frankreich und Deutschland nichts mehr geübt und unterbrochen, als die militärische Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen.